

Mindestlohn: SPD ist das Original

Heftigen Streit gab es am Donnerstag im Landtag zum Thema Mindestlohn. Dafür sammelt die SPD seit einigen Wochen erfolgreich Unterschriften. Den Aufruf dazu übernahm die PDS originalgetreu und brachte ihn als Antrag im Landtag ein. SPD-Fraktionschef Günter Baaske: „Das ist ein billiger Trick, um die Koalition zu spalten. Über dieses Stöckchen springen wir nicht! Der Text ist gut – es ist unser Aufruf für Mindestlöhne.“ Die SPD stimmte dennoch nicht zu.

Hintergrund: Die CDU ist gegen einen allgemeinen Mindestlohn, den die SPD im Bund derzeit durchsetzen will. Laut Koalitionsvertrag dürfen SPD und CDU jedoch nicht gegeneinander stimmen. Deshalb war auch keine Überweisung in die Ausschüsse möglich. Die PDS missbrauche das für die SPD zentrale Anliegen. Günter Baaske: „Die PDS schmückt sich mit fremden Federn. Die SPD ist das Original. Mit dieser

Showveranstaltung hat sie viel an Vertrauen eingebüßt und Politikverdrossenheit befördert, denn die betroffenen Menschen sagen wütend 'Was soll dieses Theater'.“ Über Mindestlöhne werde auch nicht in Brandenburg, sondern in Berlin entschieden. Derzeit können sie nur über den Umweg des Entsendegesetzes für einzelne Branchen durch den Bund durchgesetzt werden. Das gelang auf Drängen der SPD bisher für den Bau und Gebäudereiniger. Für die Brandenburger SPD bleibt aber ein allgemeiner Mindestlohn im Interesse der Arbeitnehmer in Brandenburg klares Ziel.

Baaske: „Es muss eine Untergrenze geben, unter der es unmoralisch ist, Jobs anzubieten. Hier muss die Gesellschaft 'Nein!' sagen. Es ist unerträglich, dass Löhne gezahlt werden, die kaum zum Leben reichen und die Steuerzahler den Rest übernehmen sollen.“ Dieses Modell der CDU trage die SPD nicht mit.

Kriegsgräberfürsorge: Neuer Vorsitz

Landtagspräsident und SPD-Abgeordneter Gunter Fritsch ist neuer Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V. Die SPD-Fraktion gratulierte am Dienstag. Fritsch engagiert sich stark gegen die Aufmärsche von Rechtsextremisten am Soldatenfriedhof Halbe. Auch dessen Vorgänger

als Volksbundchef, der frühere Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich, hatte sich den Neonazis entgegen gestellt. Der Verband hat mehr als 3.500 Mitglieder. Fritsch: „Ich will mich im Verband insbesondere um die internationale Jugendarbeit kümmern. Sie ist konkrete Friedensarbeit“. Wichtig sind ihm auch die Kontakte zu Polen.

Stadtumbau fortsetzen

Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Thomas Günther hält die Fortsetzung des „Stadtumbauprogramms Ost“ für dringend notwendig. Seit 2002 bis Ende 2009 stehen rund 400 Millionen Euro Fördermittel von Bund und Land zur Verfügung, um 55.000 Wohnungen, insbesondere Neubausiedlungen aus DDR-Zeiten, abzureißen.

Günther sagte am Dienstag anlässlich der Pressekonferenz des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU): „Das Programm muss weiter gehen. Mehrere 10.000 Wohnungen werden noch folgen. Wir müssen bei den Verhandlungen das Beste für Brandenburg herausholen. Der Verteilungs-

kampf um die Gelder wird härter, denn auch westdeutsche Bundesländer rufen – zu Recht – nach Stadtumbau.“

Beim Stadtumbau dürfe aber nicht nur nach Kassenlage entschieden werden. Der Protest gegen den Abriss eines Wohnungsareales in Frankfurt/Oder zeige, „dass die Interessen der Bewohner berücksichtigt werden müssen“. Der Stadtumbau dürfe auch nicht auf Plattenbauten reduziert werden. Günther: „Damit müssen wir auch die Innenstädte lebenswert und attraktiv machen. Auch das ist ein Schritt gegen Abwanderung.“ In vielen Orten Brandenburgs sei das bereits sehr gut gelungen. Mehr Infos: www.lbv.brandenburg.de/745.htm



SPD-Generalsekretär Hubertus Heil warb am Montag beim traditionellen Betriebsräte- und Arbeitnehmerempfang der SPD-Fraktion in Potsdam-Hermannswerder für das neue SPD-Grundsatzprogramm. Heil: „Diskutiert es in Euren Betrieben. Es ist die Grundlage für unseren Zukunftsweg. Der 'Vorsorgende Sozialstaat' ist die alles verbindende Klammer.“ Die SPD bleibe auch weiterhin die Partei an der Seite der Gewerkschaften sagte er an die Adresse von Detlef Baer, dem Vorsitzenden der DGB-Region Mark Brandenburg. Baer hatte von der SPD ein klares soziales Profil gefordert. In ihrer Begrüßung wies die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sylvia Lehmann auf die neuen arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten durch die Regionalbudgets hin. SPD-Fraktionschef Günter Baaske machte das Publikum hoffnungsfroh. Baaske: „Die neuen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsinstrumente wirken in Verbindung mit dem starken Wachstum. Die Chancen auf feste Arbeitsplätze steigen erheblich.“

Kurz & Knapp

■ Klima

Energiegewinnung, CO₂-Minderung und die Nachnutzung der Braunkohletagebaue („Lausitzer Seenlandschaft“) sind Schwerpunkte der Klausursitzung des Arbeitskreises (AK) Umwelt und Infrastruktur der SPD-Fraktion am 2. und 3. Mai in der Lausitz. Die Leiterin des AK Martina Gregor aus der Lausitzstadt Senftenberg: „Wir müssen den Strukturwandel der Lausitz aktiv gestalten und alles daran setzen, die CO₂-Emissionen durch unsere Kraftwerke deutlich zu senken.“

■ Perspektiven

Mit der Auftaktveranstaltung am 15. Mai um 17 Uhr in der Stadtverwaltung in Schwedt startet die SPD-Landtagsfraktion die Veranstaltungsreihe „Finanzpolitische Perspektiven des Landes Brandenburg.“ Die Veranstaltungen informieren interessierte Brandenburger und Brandenburgerinnen darüber, welche Verän-

derungen sich vor dem Hintergrund eines sich deutlich verringernenden Landeshaushaltes abzeichnen und wie sie sich konkret auf die Brandenburger Politik und kommende Generationen auswirken werden. Die finanziellen Mittel des Brandenburger Landeshaushaltes gehen aufgrund des 2019 auslaufenden Solidarpaktes II von derzeit 10 Milliarden auf etwa 8 Milliarden zurück.

■ Regionalbudgets

Die Arbeitsmarktreformen haben seit 2005 die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten der Kreise und kreisfreien Städte erheblich verändert. Ziel der Reformen ist insbesondere die Integration von Langzeitarbeitslosen. Eines der Instrumente sind die Regionalbudgets. Über verschiedene Konzepte und Projekte informiert die Dokumentation „Kommunalatlas Arbeitsförderung“ der LASA. Sie ist für 12 Euro erhältlich. Mehr Informationen: www.lasa-brandenburg.de